

Karl-Heinz Werther

Aufräumen nach dem Krieg

Beobachtungen und Erfahrungen
eines ehemaligen Offiziers der NVA
beim Einsatz als Feuerwerker

MILITÄRVERLAG

Der Autor

Karl-Heinz Werther, Jahrgang 1953, war bis 1990 Offizier der NVA. Als erfahrener Feuerwerker räumte er nach dem Balkankrieg Minen und Blindgänger in Kroatien und im Kosovo, dann zog er weiter nach Laos und Vietnam, wo noch nach Jahrzehnten die Hinterlassenschaften des Krieges zu beseitigen sind. Seit 2007 arbeitet er als Feuerwerker in Hamburg.

Das Buch

Der Oberstleutnant a. D. berichtet nicht nur über seine aufreibende Tätigkeit beim Entschärfen und Räumen von Munition, sondern auch über die Menschen, die mit den Kriegsschäden und -folgen leben müssen. Und er geht der Frage nach, warum die Unternehmen gleich zweimal verdienen: einmal am Kriege, ein andermal am Wiederaufbau. Und weshalb das so ist.

Inhalt

Kapitel 1

In Kroatien, 1998	5
Im Kosovo, 1999	35

Kapitel 2

Kampfmittelbergung in Laos, 2000	123
--	-----

Kapitel 3

In Vietnam von 2000 bis 2006	172
------------------------------------	-----

Im Kosovo, 1999

Im Kosovo, einer autonomen Provinz Serbiens in der Bundesrepublik Jugoslawien, lebten mehrheitlich Albaner. Sie strebten seit Jahrzehnten schon nach Autonomie, es gab immer Reibereien, die aber eskalierten, als Jugoslawien zu Beginn der 90er Jahre sich aufzulösen begann. Nach einem illegalen Referendum proklamierten die Separatisten im September 1991 die »Republik Kosovo«, die jedoch nur vom benachbarten Albanien anerkannt wurde. Der Schriftsteller Ibrahim Rugova (1944-2006) – sein Markenzeichen war ein Seidenschal über der Krawatte – wurde zu deren Präsidenten ausgerufen, ein gewähltes Parlament trat nie zusammen. Durch »passiven Widerstand« versuchten die »Kosovaren« die Weltöffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen. Die Maßnahmen der serbischen Regierung gegen die abtrünnige Provinz machten sie angeblich zu Opfern.

1996 nahm die »Befreiungsarmee des Kosovo« (UÇK) den bewaffneten Kampf gegen serbische Institutionen auf. Obgleich selbst der deutsche Verfassungsschutz die UÇK als terroristische Vereinigung charakterisierte – bis Anfang 1998 erfolgten 21 Mordanschläge, zu denen sich die UÇK bekannte – erfuhr dieser »Kampf« Unterstützung durch den Westen. Diese ging sogar soweit, dass der Weltsicherheitsrat am 31. März 1998 mit der Resolution 1160 ein Embargo gegen Jugoslawien verhängte, damit diese gegen die Separatisten in Kosovo »einlenkte«. Die Europäische Union verhängte ebenfalls Sanktionen, um Jugoslawien bzw. Serbien zum Rückzug von seinem eigenen Territorium zu veranlassen. Auf diese Weise ermutigt, ging die UÇK im Juli zur Offensive über und erklärte der »serbischen Herrschaft« den Krieg. Die Folge waren Tote und rund 300.000 Flüchtlinge. Am 24. August 1998 artikuliert der Weltsicherheitsrat seine Sorge über die »heftigen Kämpfe im Kosovo, die verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung haben«, und forderte eine sofortige Waffenruhe. Er gab der Besorgnis Ausdruck, dass »sich die Situation im Kosovo in Anbetracht der wachsenden Zahl der Vertriebenen und des herannahenden Winters zu einer noch größeren humanitären Katastrophe entwickeln könnte.«

Berichten zufolge wurden am 27. August von Angehörigen der UÇK 22 Zivilisten im Dorf Klecka hingerichtet. Für den 9. September wurde berichtet, dass die Leichen von 34 Menschen, sowohl Serben als auch Albaner, in einem See nahe dem Dorf Glodjane gefunden wurden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wurden sie von UÇK-Kräften getötet. Dennoch verurteilte der Weltsicherheitsrat in der Resolution 1199 am 23. September 1998 den »exzessiven Gebrauch von Gewalt« durch serbisches Militär und Polizeikräfte und bezeichnete das als »Bedrohung des Friedens«.

Die NATO drohte Luftangriffe an und die Balkan-Kontaktgruppe, bestehend aus USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien, forderten ultimativ direkte Verhandlungen zwischen der serbischen Staatsführung und Vertretern der Kosovoalbaner. Unter diesem Druck stimmte am 13. Oktober die serbische Staatsführung einem faktischen Waffenstillstand zu und signalisierte, der UN-Resolution 1199 Folge zu leisten, welche einen Rückzug der schweren Waffen und eines großen Teils der paramilitärischen Polizeikräfte vorsah. Weiterhin sollten die Flüchtlinge heimkehren können und der Prozess von einer 2.000 Mann starken internationalen Beobachterkommission der OSZE überwacht werden.

Der Deutsche Bundestag stimmte am 16. Oktober 1998 in einer Sondersitzung mit großer Mehrheit dem Vorgehen der NATO gegen Jugoslawien und einer Beteiligung der Bundeswehr an möglichen Luftschlägen zu. Von den 584 anwesenden Abgeordneten stimmten 503 für den Kosovo-Einsatz.

Die seit 6. Februar 1999 in Rambouillet unter NATO-Vermittlung laufenden Friedensgespräche zwischen der jugoslawischen Führung und den Führern der Kosovo-Albaner wurden am 19. März 1999 unterbrochen. Während die Delegation der Kosovo-Albaner das ihr vorgelegte Papier – wonach der Kosovo innerhalb von Serbien eine umfassende Autonomie erhalten, aber unter serbischer Hoheit bleiben sollte, die UÇK entwaffnet und NATO-Truppen im Kosovo stationiert werden sollten – am 18. März 1999 unterzeichnet, wird dies von der jugoslawischen Delegation verwei-

gert. Mit Recht lehnt sie als souveräner Staat eine Stationierung ausländischer Truppen sowohl im Kosovo als auch in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien ab, zumal sie den Soldaten der NATO vollständige zivilrechtliche und strafrechtliche Immunität einräumen und die NATO die gesamte jugoslawische Infrastruktur kostenlos und uneingeschränkt zur Nutzung überlassen soll.

BRD-Verteidigungsminister Scharping (SPD) und Außenminister Joschka Fischer (Grüne) veröffentlichen daraufhin im Frühjahr 1999 den »Hufeisenplan«, einen militärstrategischen Plan der jugoslawischen Regierung zur angeblich systematischen Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo. (Die Existenz eines solchen Planes wird bis heute angezweifelt und konnte auch in Den Haag im Prozess gegen den serbischen Staats- und Parteichef Milosevic nicht nachgewiesen werden.)

Bereits im Juni 1998 hatte die NATO militärische Luftübungen über Albanien und Mazedonien abgehalten und Einheiten der Marines zu Übungen nach Albanien gebracht. Im September waren die Planungen für die Luftangriffe unter den NATO-Mitgliedern abgeschlossen. Am 13. Oktober 1998 autorisierte der Nordatlantikrat NATO-Generalsekretär Javier Solana, den Aktivierungsbefehl für Luftschläge zu geben. Sie waren für ein Scheitern der Gespräche zwischen Milosević und dem britischen Außenminister Holbrooke vorgesehen. Die schon in der Luft auf den Angriffsbefehl wartenden B52-Bomber der US-Air Force wurden noch am 13. Oktober 1998 in letzter Sekunde zurückbeordert. Am Abend des 24. März 1999 jedoch gaben NATO-Generalsekretär Javier Solana und NATO-Oberbefehlshaber US-General Wesley Clark Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien bekannt. Die NATO-Luftstreitkräfte begannen ab ca. 20 Uhr mit Angriffen auf Ziele der serbischen Luftverteidigung in Pancevo, Belgrad, Pristina, Novi Sad und Podgorica. An diesem Angriff waren von U-Booten in der Adria sowie von Tarnkappenbombnern abgefeuerte Marschflugkörper und von verschiedenen Basen gestartete Kampfflugzeuge beteiligt. Auch die Bundeswehr beteiligte sich vom ersten Tag an den Luftschlägen. Für sie stellte der Kosovokrieg den ersten Kampfein-

ISBN 978-3-360-02711-5

© 2013 Militärverlag, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin unter Verwendung
eines Motivs von picture alliance/dpa

Fotos: Karl-Heinz Werther, SODI/Schleicher (S. 200, 201, 209), Robert Allertz (S. 222)

Druck und Bindung: Multiprint, Bulgarien

Ein Verlagsverzeichnis schicken wir Ihnen gern:

Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH

Neue Grünstraße 18, 10179 Berlin

Tel. 01805/30 99 99

(0,14 Euro/Min., Mobil max. 0,42 Euro/Min.)

Die Bücher des Militärverlages und des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe

www.militaer-verlag.de